24.11.2015

Antrag

der Fraktion der CDU

Nordrhein-Westfalen braucht Unterstützungszentren für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung

Vom Schuljahr 2001/02 bis zum Schuljahr 2014/15 ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung um 123 Prozent von 13.537 auf 30.192 gestiegen. Dies entspricht 22,8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (132.278 in 2014/15). Hinzu kommt, dass ein erheblicher Teil der 44.511 Schülerinnen und Schüler mit dem Hauptförderschwerpunkt Lernen (Schuljahr 2014/15) ebenfalls zusätzlichen Förderbedarf im Bereich emotionale und soziale Entwicklung hat. Gründe für die Zunahme dieses Förderbedarfs sind in einer veränderten Schülerschaft als auch in spezialisierter Diagnostik durch das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs (AO-SF: Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung) zu suchen.

Die sonderpädagogische Forschung ist sich einig, dass die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit emotionalen und sozialen Auffälligkeiten eine besonders große Herausforderung darstellt, auch wenn diese letztlich nur 1,2 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen ausmachen. Auch Ängste und Bedenken von Eltern und Lehrkräften richten sich vor allem auf und leider zum Teil auch gegen Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung. Insofern verdienen gerade Fragen zur Förderung und inklusiven Beschulung dieser Kinder und Jugendlichen unsere besondere Aufmerksamkeit. Das Gutachten „Auf dem Weg zur schulischen Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ von Prof. Dr. Klaus Klemm und Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz, das im Auftrag des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt wurde, trägt dem Rechnung, indem es empfiehlt, regionale Beratungs- und Unterstützungsstellen einzurichten, um dem „besonderen Bedarf für Kinder und Jugendliche mit emotionalen und Verhaltensproblemen“ gerecht zu werden (S. 88). Als „Schule ohne Schüler“ sind diese Zentren Dienstleister für Regelschulen.

Datum des Originals: 24.11.2015/Ausgegeben: 24.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

§ 132 Abs. 3 des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes räumt den Schulträgern zwar die Möglichkeit ein, einen „schulischen Lernort“ für „Schülerinnen und Schüler mit einem besonders ausgeprägten Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung“ einzurichten, deren Schulpflicht „aufgrund außergewöhnlich komplexer Verhaltensschwierigkeiten“ in der allgemeinen Schule vorübergehend ausgesetzt werden muss. Abweichend von den Empfehlungen es o.g. Gutachtens gilt dies allerdings ausschließlich für den Fall, dass es im Kreisgebiet bzw. der kreisfreien Stadt keine Förderschulen für Lern- und Entwicklungsstörungen mehr gibt. Erst dann soll dieser Lernort, der als Teil einer allgemeinen Schule oder (ehemaligen) Förderschule geführt werden kann, als „Unterstützungszentrum“ (vgl. Begründung zu § 132 Abs. 3) den Weg zur Inklusion im Bereich Schule begleiten.

Viele der Kinder mit einem erheblichen Förderbedarf in ihrer sozialen und emotionalen Entwicklung verteilen sich auf derzeit auf 2882 Grundschulen, von denen 1174 keinen Stellenanteil aus dem Stellenbudget für Lern- und Entwicklungsstörungen bekommen haben (Vorlage 16/2582). Lehrerinnen und Lehrer, die keine geeignete Ausbildung haben, müssen diese Schülerinnen und Schüler folglich ohne personelle Verstärkung oder Supervision fördern.

In der Folge wird immer mehr Eltern nahegelegt, einen Antrag auf Schulbegleitung nach § 35a SGB VIII (Hilfen zur Eingliederung bei (drohender) seelischer Behinderung) zu stellen. Die Anzahl dieser Schulbegleitungen hat sich in den letzten 10 Jahren vervielfacht und belastet zunehmend die kommunalen Haushalte. Die Kommunen wehren sich gegen eine Verschiebung der pädagogischen Verantwortlichkeiten. Eltern berichten zunehmend von abgelehnten Anträgen.

Erfolgsversprechende, nachhaltige Modelle zur Unterstützung von Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung berücksichtigen immer auch den sozialen Kontext. Sie ermöglichen eine system- und trägerübergreifende ganzheitliche Hilfeplanung. Sie erfordern multidisziplinäre Teams und die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Therapeuten und ergänzenden Systemen, damit diese Kinder und Jugendlichen zu einem Schulabschluss geführt werden können, der ihnen den Übergang in die Arbeitswelt ermöglicht. Diese Unterstützungssysteme müssen regional in einem Zentrum verortet werden, das sie zusammenführt und Schulen präventiv sowie in Akutsituationen mit Fachpersonal verlässlich begleitet. Hier können darüber hinaus Fortbildungen organisiert und Eltern beraten werden.

I. Der Landtag stellt fest:

- Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen Unterstützungsbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung wächst in Nordrhein-Westfalen ständig.
- Schulen müssen in die Lage versetzt werden, diese Schülerinnen und Schüler angemessen unterrichten und ihnen die notwendige Unterstützung zukommen lassen zu können.
- Mehr als tausend Grundschulen und viele weiterführende Schulen verfügen zurzeit nicht über die dazu notwendigen Ressourcen.
- Angemessene Hilfen erfordern eine enge Kooperation von Schule, Kommune/ Jugendhilfe und weiteren Fachdisziplinen (Therapeuten, Psychologen, Sozialarbeitern).

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein Konzept zur Einrichtung von regionalen Unterstützungszentren für Inklusion mit dem Schwerpunkt „emotionale und soziale Entwicklung“ vorzulegen.

Dabei sind folgende Eckpunkte zu beachten:

- Ziel ist es, dieses Zentrum, abweichend von der Intention in §132 SchulG NRW, als Unterstützungszentrum für den Prozess der schulischen Inklusion zu gestalten. Es berät und unterstützt allgemeine Schulen bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf insbesondere im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung.
- In den Regionen, in denen keine Förderschulen für Lern- und Entwicklungsstörungen mehr existieren, soll ein solches Unterstützungszentrum auch als zeitweiliger „Rückzugsort („Time-out-Lernort“) für Schülerinnen und Schüler mit einem „besonders ausgeprägten Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung“ dienen können.
- Die Nutzung als „Time-out-Lernort“ erfordert klar definierte Rahmenbedingungen. Diese müssen unter Einbeziehung der Eltern transparent ausgearbeitet werden und eine multiprofessionelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler umfassen.
- Das Unterstützungszentrum bündelt bzw. organisiert die verschiedenen Dienste und Unterstützungsleistungen für die inklusive Beschulung und macht sie den allgemeinen Schulen auf Anforderung zugänglich.
- Jedes Unterstützungszentrum erhält im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel ein der Größe der Region angepasstes Stellenbudget zur Bildung eines Teams aus Sonderpädagogen und weiteren Fachdisziplinen. Ergänzende Kooperationspartner sind der schulpsychologische Dienst und, entsprechend einer Vereinbarung mit den Kommunen, Jugendhilfe sowie weiterer Ressourcen der kommunalen Dienste.
- Eine weitergehende Vernetzung mit Frühförderstellen, Kindertagesstätten, Drogenberatung, Polizei, der Arbeitsagentur und eine Einbindung vorhandener Netzwerke, die für den Bereich der schulischen Inklusion zuständig und hilfreich sind, ist anzustreben.
- Das Unterstützungszentrum wird durch die Schule, die Eltern oder die Schülerin oder den Schüler um Hilfe gebeten. Auch die Jugendhilfe kann aufgrund ihrer Erfahrung mit einem schon anderweitig auffällig gewordenen Kind oder Jugendlichen initiativ werden.

2. mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung zur Einrichtung von Unterstützungszentren unter Einbeziehung der kommunalen Dienste zu treffen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Klaus Kaiser
Petra Vogt

und Fraktion